

Hitler, die Deutschen und der Zweite Weltkrieg

Von Hans Mommsen

Auch noch nach mehr als einem halben Jahrhundert liegt auf der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ein dunkler Schatten, der sich nicht verziehen will. In den zurückliegenden Jahren haben die deutsche und die internationale Forschung sich verstärkt dem Kriegsgeschehen vor allem in Russland zugewandt. Zuvor hatte sich das Interesse der Geschichte des Holocaust zugewandt, die mit dem Ostkrieg auf engste verschränkt ist. Erst schrittweise öffnet sich der Blick für die Methoden der deutschen Kriegsführung und das Schicksal der russischen Zivilbevölkerung. Nicht erst durch die Hamburger Wehrmachtsausstellung wurde der zutiefst verbrecherische Charakter des Ostkrieges vor Augen geführt, zugleich die schmerzliche Erinnerung an die unvorstellbar großen Menschenverluste auf beiden Seiten. Ihnen kann schwerlich, jedenfalls was die deutsche Seite angeht, eine positive Sinnggebung unterlegt werden.

Dass es inzwischen, auch mit der Hilfe des DHIs in Moskau, zum Zusammenwirken russischer und deutscher Historiker bei der Erforschung des Zweiten Weltkrieges gekommen ist, mutet nach all dem Furchtbaren, das dessen Geschichte verbirgt, tröstlich an. Vor diesem Hintergrund drängt sich immer wieder die Frage auf, warum und in welchem Maße die Deutschen Hitlers Kriegspolitik und Vernichtungswillen willig mit getragen haben und warum die Tragödie unserer beiden Völker nicht ein früheres Ende hätte finden können. Der folgende Vortrag kann nicht beanspruchen, eine umfassende Antwort auf dieses komplexe Problem zu geben. Er beschränkt sich darauf, einige der wichtigsten Aspekte zu beleuchten und zur Diskussion zu stellen.

Anders als am 4. August 1914, als die Deutschen den Kriegsausbruch mit überschäumendem Jubel begrüßten, wurde der deutsche Einmarsch in Polen am 1. September 1939 mit Zurückhaltung aufgenommen. Von Kriegsbegeisterung war in Deutschland kaum etwas zu spüren. Das erscheint insofern erstaunlich, als die Reichsregierung seit Jahren der Aufrüstung der Wehrmacht höchste Priorität eingeräumt und eine umfassende Propaganda zur „Wehrhaftmachung“ des deutschen Volkes betrieben hatte. Zugleich hatte ein beträchtlicher Teil der deutschen Bevölkerung die gegen den Friedensvertrag von Versailles gerichtete Agitation der

Rechtsparteien unterstützt. Sie war dem Schlagwort vom „Dolchstoß“ der sozialistischen Parteien weithin erlegen. Das Nichteingeständnis der Niederlage hatte die von den revisionistischen Parteien propagierte Illusion verstärkt, sie zu einem späteren Zeitpunkt militärisch wettmachen zu können.

Adolf Hitler konnte seinen Aufstieg nicht zuletzt deshalb nehmen, weil er und die nationalsozialistische Propaganda immer wieder versicherten, er werde den „Schandfrieden“ von Versailles auslöschen und Deutschland in den Rang einer Großmacht zurückführen. Einer seiner wichtigsten innenpolitischen Bündnispartner war die Reichswehr. Ihr gelang es, die Entwaffnungsvorschriften des Vertrages zu unterlaufen und eine umfassende illegale Aufrüstung in Gang zu setzen. Sie arbeitete der späteren Kriegspolitik des Nationalsozialismus unmittelbar in die Hände. Die Zusage Hitlers, als künftiger Kanzler die Rückkehr Deutschlands zur Allgemeinen Wehrpflicht durchzusetzen, sicherte ihm die Unterstützung der Reichswehrrführung. Sie ermöglichte das Bündnis Hitlers mit den konservativen Honoratioren in der Umgebung des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg, das zu seiner Berufung zum Reichkanzler am 30. Januar 1933 führte.

Hitler war entschlossen, die Aufrüstung Deutschlands und die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrags mit allen Mitteln zu betreiben. Nach außen hin stilisierte er sich jedoch als „Friedenskanzler“. In einem Treffen mit den Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933 bekundete er seine Entschlossenheit, auf mittlere Sicht zu militärischen Mitteln zu greifen. Andererseits gab er in seinen öffentlichen Stellungnahmen, so dem „Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk“ vom 1. Februar, das Versprechen ab, „für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten“. Dass dies bloße Taktik war, die auf den Tatbestand der einstweiligen militärischen Schwäche des Reiches Rücksicht nahm, war für Eingeweihte und Gegner alsbald durchschaubar. So notierte Wilhelm Leuschner, zuvor Ministerpräsident in Hessen, dass Hitlers Kanzlerschaft Krieg bedeutete. Aber selbst die Westmächte, die allen Grund gehabt hätten, Hitlers Friedensbeteuerungen zu misstrauen, ließen sich davon täuschen, wie die Geschichte der Appeasement-Politik zeigen sollte.

In seiner als „Friedensrede“ apostrophierten Stellungnahme anlässlich der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 sprach Hitler davon, dass ein neuer Krieg ein „Wahnsinn ohne Ende“ sei und dass sich die neue Reichsregierung in den Dient des Friedens zu stellen entschlossen habe. Der Reichkanzler zögerte zunächst, sich in der Rüstungsfrage

zu exponieren, obwohl er die Wirtschaftspolitik des Reiches auf die Priorität der Aufrüstung ausrichtete. Dies vollzog sich unter dem Deckmantel der Überwindung der Wirtschaftskrise ohne größere außenpolitische Verstimmungen. Gegen anfängliche Bedenken des Reichskanzlers setzte die Reichswehrführung Deutschlands Austritt aus der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes im Oktober 1933 durch, um den Weg zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zu ebnen.

Hitler hielt, unterstützt von Goebbels' Propaganda, an dieser propagandistische Linie grundsätzlich bis 1939 fest. Der Austritt aus dem Völkerbund wurde mit Friedenskundgebungen garniert, die darauf abzielten, französische Interventionen zu erschweren. Die Herausstellung der grundsätzlich friedenswilligen Politik des Reiches prägte die propagandistische Begleitung der einzelnen revisionistischen Schritte des Reiches vom deutsch-polnischen Nichtangriffspakt, dem deutsch-britischen Flottenabkommen, die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes bis zur Rückkehr der Saar. Das Reichswehrgesetz von 1935 wurde als Akt „der deutschen Selbstverteidigung“, die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft als „Element des Friedens“ hingestellt. Mittels dieser Camouflage wurde die deutsche Öffentlichkeit, die erst nachträglich von der Intervention der Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg erfuhr, systematisch über die wahren Absichten des Regimes getäuscht.

Seit 1937, nachdem sich die außenpolitische Bewegungsfreiheit des Deutschen Reiches mit den ersten revisionistischen Erfolgen Hitlers und dem Zerfall der Stresa-Front entscheidend verbessert hatte, setzte schrittweise ein Wandel in der öffentlichen Behandlung der Wehrfrage ein. In der Propaganda wurde nun als Reaktion auf das französisch-sowjetische Abkommen, die Rolle der Wehrmacht für die Eindämmung des Bolschewismus demonstrativ herausgestellt, aber an dem Slogan vom „deutschen Friedensheer“ festgehalten. Jede Anspielung auf die Bereitschaft, gegebenenfalls militärische Mittel einzusetzen, wurde sorgfältig vermieden. Der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich wurde als „Freundschaftsbesuch“ deklariert. In der Propagandakampagne gegen die Tschechoslowakei, die in Mai 1938 anlief und die der psychologischen Vorbereitung der militärischen Intervention galt, wurde bewusst vermieden, den Gedanken an einen möglichen Krieg anzusprechen.

Bekanntlich scheiterte die Absicht Hitlers, die Tschechoslowakei in einem raschen, isoliert bleibenden Feldzug zu zerschlagen. Höchst widerwillig nahm er die Intervention Neville Chamberlains und die Vermittlung Benito Mussolinis hin und stimmte er den Vereinbarun-

gen der Münchner Konferenz zu, die der Tschechoslowakei erhebliche Gebietsabtretungen an das Deutsche Reich auferlegten. Dies hielt den deutschen Diktator von der bereits anlaufenden militärischen Operation gegen Prag ab. Noch am 27. September hatte er eine motorisierte Division durch das Berliner Regierungsviertel in Marsch gesetzt, um die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung zu testen. Er musste hinnehmen, dass eine *feindselig* gestimmte Menge vor der Reichskanzlei die üblichen Ovationen unterließ. William J. Shirer, U.S.-Korrespondent in Berlin, berichtete, dass es sich um die eindrucksvollste Demonstration gegen den Krieg gehandelt hätte, die er je erlebt habe. In der Tat war dies ein zuverlässiger Indikator für die Stimmung in der deutschen Bevölkerung, die vor einem Krieg zurückscheute.

Die Nachricht vom Abschluss des Münchner Abkommens und damit der Vermeidung eines Krieges wurde von der Bevölkerung mit Jubel und Begeisterung aufgenommen. Die Prag aufgezwungene „Lösung“ der sudetendeutschen Frage fand weithin positiven Widerhall, wobei die Erhaltung des Friedens im Vordergrund stand. Zuvor war die Volksstimmung ungewöhnlich kritisch gewesen und hatte sich ein Einbruch der Hitlergläubigkeit abgezeichnet. Nun trat ein grundlegender Stimmungsumschwung ein. Aus den Stimmungsberichten geht hervor, dass das Einlenken Hitlers allgemein Anerkennung fand. Der „neue unblutige europäische Sieg des Führers“, hieß es da, habe das Vertrauen und den Glauben an ihn „außerordentlich befestigt.

In der Tat verschaffte das Münchner Abkommen Hitler ein „fast legendäres Ansehen“. Paradoxerweise wurde der Diktator vor allem deshalb gefeiert, weil es ihm gelungen war, entscheidende außenpolitische Erfolge, so an der Saar, in Österreich und nun in den Sudeten, ohne Blutvergießen zu erringen. Unzweifelhaft trugen Hitlers außenpolitische Erfolge in den letzte Vorkriegsjahren maßgeblich zu seiner Popularität bei breiten Gruppen der Bevölkerung bei. Sie riefen vielfach eine leichtfertige Unterschätzung der Gefahren hervor, die eine Fortsetzung der gewaltsamen Expansionspolitik nach sich ziehen musste. Das ging so weit, dass sich im Frühjahr 1939 Teile der deutschen Öffentlichkeit zu der Auffassung verstiegen, es sei dem einmaligen „Genie“ des Führers zuzuschreiben, dass die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Annexion des Memellandes ohne kriegerische Verwicklungen erreicht werden konnte. „Der Glaube an den Führer und seine Außenpolitik ist so stark geworden, „dass nirgends Furcht vor kriegerischen Entwicklung besteht“, meldeten die „Stimmungsberichte“. Wäre Hitler damals zurückgetreten, wäre er mutmaßlich als „Friedenskanzler“ in die nationale Überlieferung eingegangen.

Auch in der Krise vom Frühherbst 1939 blieb das Vertrauen in Hitlers Fähigkeit zur Konfliktbegrenzung erhalten. Zwar gab es erste Widerstände in der Bevölkerung. So wurde die Meinung geäußert, dass es sich nicht lohne, wegen des Memel-Landes einen kriegerischen Konflikt einzugehen. Die gegen die polnische Republik gerichtete Propagandawelle, in der die Konflikte wegen der Behandlung der deutschen Minderheit bewusst aufgebauscht wurden, rief gewisse Besorgnisse in der Bevölkerung hervor. Jedoch glaubte die Mehrheit der Bevölkerung im Sommer 1939 nicht an einen Krieg, allenfalls einen lokalisiert bleibenden Feldzug.

Goebbels Propaganda tat alles, um die Bevölkerung in der Illusion zu bestärken, dass sich Frankreich und England aus einem eventuellen Konflikt heraushalten würden und die Lösung der polnischen Frage, wie der Regierungspräsident Oberbayern in einem Bericht vom 10. Juli formulierte, „auf friedlichen Wege“ dank der „Staatskunst des Führers“ erreicht werden könnte. Bis zuletzt blieb man in der Hoffnung befangen, dass der Krieg vermeidbar sei und dass es gelingen würde, zumal nach dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt, die Westmächte vom Kriegseintritt abzuhalten. „Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung“ habe geglaubt, „dass es auch diesmal dem Führer gelingen werde, seine Ziele ohne Krieg zu erreichen“.

Die Stimmungsberichte der Vorkriegsjahre zeigen eindrücklich, dass Kriegsfurcht und Friedenssehnsucht in den Einstellungen der deutschen Bevölkerung eindeutig vorherrschten. Offenbar glaubte die große Mehrheit der Deutschen, dass die umfassenden Maßnahmen zur Verstärkung der deutschen Rüstung einschließlich der zivilen Mobilmachungsvorbereitungen in erster Linie defensiven Zwecken dienten. Die Sudetenkrise riss die deutsche Öffentlichkeit vorübergehend aus diesen Friedensträumen. Im August 1938 meldeten die Stimmungsberichte die Existenz einer regelrechten Kriegspsychose, doch ging die Besorgnis vor einem neuen Krieg nach dem Münchner Abkommen vorläufig wieder zurück.

In einer geheimen Rede vor etwa 400 Journalisten und Verlegern in München am 10. November 1938, also noch während der Gewaltorgien gegen jüdische Mitbürger in der „Reichskristallnacht“, warf Hitler das propagandistische Steuer herum und verlangte die Umstellung der Propaganda auf die Kriegsvorbereitung der Bevölkerung. „Die Umstände haben mich gezwungen“, räumte der Diktator ein, „jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden“. Denn die bisherigen außenpolitischen Errungenschaften seien „nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten“ möglich gewesen. Aber nun bestünde die Gefahr, „dass sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, dass

das heutige Regime *an sich* identisch sei mit dem Entschluss und dem Willen, den Frieden unter *allen* Umständen zu bewahren“. Es sei daher notwendig, „das deutsche Volk psychologisch umzustellen und ihm langsam klar zu machen“, dass gewisse Dinge „nur mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden“ müssten.

Es erwies sich, dass diese psychologische Umstellung keineswegs so rasch bewerkstelligt werden konnte. Vor dem 1. September 1939 hatte die Propaganda im Hinblick auf die Kriegsfurcht in der Bevölkerung die Verwendung des Wortes „Krieg“ zu unterbinden gesucht. Die Ankündigung eines „Reichsparteitages des Friedens“ lag auf der gleichen Linie. Auch nach dem Überfall auf Polen suchte die gleichgeschaltete Presse die Tatsache des Krieges eher herunterzuspielen und die Aktion als rasch beendete Episode abzutun. Hitlers Zielsetzung, eine dem 4. August 1914 vergleichbare Kriegsbegeisterung zu schaffen, war völlig verfehlt worden. Als Zeitzeuge erinnere ich mich an die verzweifelte Stimmung, die die Nachricht vom Kriegsbeginn bei der deutschen Bevölkerung auslöste.

Das Scheitern der Absicht, die Westmächte von einem Eingreifen abzuhalten – die informelle öffentliche Meinung hatte auf den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion gesetzt – bewirkte eine Umstellung der Propaganda. Der Vorwurf der „Einkreisung“ kehrte zurück. England habe „Deutschland in einen gerechten, weil aufgezwungenen Krieg gestürzt“, verkündete Goebbels, und darin lag zum ersten Mal ein defensiver Ton. Auch nach dem Ende des Polenfeldzuges wirkte das Image von Hitler als Bewahrer des Friedens nach. Hitler befand sich auf dem Höhepunkt seiner Popularität und wurde selbst von vielen bewundert, die sich zuvor vom „nationalen Lager“ ferngehalten hatten.

Aber die Begeisterung, die von der unerwartet raschen Niederlage Frankreichs ausgelöst wurde und die Hitler einen einzigartig anmutenden Triumphzug in der Reichshauptstadt bescherte, wich jedoch bald verhaltener Enttäuschung. Zwar war die große Mehrheit der Bevölkerung unter dem Einfluss der antibritischen Propaganda bereit, Großbritannien für die Ablehnung von Hitlers angeblich „großzügigem“ Friedensangebot verantwortlich zu machen. Es setzte jedoch kaum verhohlener Missmut ein, als sich herausstellte, dass ein rasches Kriegsende nicht in Sicht war und ein zweiter Kriegswinter bevorstand. Während sich der Stimmungseinbruch in erster Linie gegen die Bonzenwirtschaft der Partei, aber auch gegen die SS richtete, blieb das Vertrauen in Hitler zunächst weitgehend unbeschädigt und dieser von der Kritik an den innenpolitischen Missständen unter der Formel „Wenn das der Führer wüsste“ verschont.

Das zeigte an, wie stark sich die Führerbindung infolge der spektakulären außenpolitischen Erfolge inzwischen gefestigt hatte. Der Führerkult half, den sich ausbreitenden Pessimismus in der Bevölkerung immer wieder zu überbrücken. Die Kriegsbegeisterung, die in der Phase rascher Siege aufgetaucht war, nahm jedoch immer weiter ab und machte eher skeptischen Einstellungen Platz.

Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 löste dann eine verbreitete, äußerlich „abgedämpfte Schockwirkung“ aus. Die Schwenkung der Hitlerschen Politik wurde von der Bevölkerung nicht verstanden, und die offiziellen Erklärungen in der Propaganda vermochten nicht zu überzeugen. Nachdem verfrühte Hoffnungen, dass der Feldzug gegen die Sowjetunion im Spätherbst im wesentlichen beendet sein würde, zerschellt waren, drückte die Besorgnis über eine beliebige Verlängerung des Krieges auf die allgemeine Stimmung. Die fühlbaren deutschen Verluste und die offensichtlichen Rückschläge leiteten dann einen schleichenden Stimmungsabfall ein, wobei die nicht zu verheimlichende Unterschätzung der Stärke der Roten Armee eine wichtige Rolle spielte.

Aus den Stimmungsberichten geht hervor, dass große Teile der Gefolgschaft für die Kriegsziele im Osten kein Verständnis aufbrachten. Dies ging auch darauf zurück, dass sie in den herkömmlichen Kategorien des Nationalstaats befangen, waren und vom Ausgreifen nach dem Osten eine Überdehnung der deutschen Kräfte befürchteten. Die Begeisterung, welche die Anfangserfolge des Ostkrieges ausgelöst hatten, wich zunehmenden Zweifeln daran, ob es richtig war, mit dem Angriff auf die Sowjetunion das Land in einen Mehrfrontenkrieg zu verwickeln, der anfänglich mit der polnischen Niederlage noch einmal vermieden zu sein schien. Von nun an gewannen Reminiszenzen an den Ersten Weltkrieg eine ambivalente Färbung, und es passte dazu, dass die NS-Führung dem Trauma vom 9. November 1918 anhing und die innere Politik an dem Ziel ausrichtete, einen Zusammenbruch der „inneren Front“ zu verhindern.

Der erste große Stimmungseinbruch vollzog sich im November 1941, als die wenige Wochen zuvor abgegebenen Proklamationen über die endgültige „Zerschlagung des Bolschewismus“ von Meldungen über einen „unerwartet zähen Widerstand der Russen“ und dem Aufruf an die deutsche Bevölkerung zur Sammlung von Winterbekleidung für die deutschen Truppen abgelöst wurde. Nach den verfrühten Meldungen über den bevorstehenden „totalen Krieg“ büßte die nationalsozialistische Propaganda im weiteren Verlauf des Russlandkrieges zunehmend

ihre Glaubwürdigkeit ein. Die Bevölkerung bevorzugte andere Informationsquellen als die amtliche Propaganda, darunter Berichte von Fronturlaubern und die in erhöhtem Umfang abgehörten alliierten Sender. In den Feldpostbriefen von der Ostfront spiegelte sich nicht nur die Verschlechterung der militärischen Lage, sondern immer mehr auch der Verlust des Sinnhorizonts für die bis an die Grenzen ihrer Kraft beanspruchten Soldaten.

Goebbels' Propaganda vermochte die sich an der Ostfront seit 1942 durchsetzenden skeptischen Einstellungen nicht mehr wirksam zu bekämpfen. Vorübergehende Aufhellungen durch punktuelle militärische Erfolge „waren nur Atempausen zwischen den Phasen der Niedergeschlagenheit“. Das vom NS-Regime gezeichnete Bild des sowjetischen Gegners wurde von der Bevölkerung immer weniger angenommen, die vielfach mit sowjetischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in Berührung kam. Das von der SS propagierte Klischee des sowjetischen „Untermenschen“ musste daher in der Propaganda des Altreiches vorsichtig zurückgenommen werden. Spätestens seit der Niederlage von Stalingrad brach die bisherige kriegsbejahende Stimmung in der deutschen Bevölkerung vollends zusammen. Insbesondere bei den Angehörigen der älteren Generation setzte eine tiefgreifende Ernüchterung ein, die sich im Wunsch nach baldiger Kriegsbeendigung niederschlug. Die um sich greifende Kriegsmüdigkeit konnte durch noch so große Propagandaanstrengungen zur „wehrgeistigen Erziehung“ nicht abgefangen werden. Der Vorschlag des Hitler hörigen Chefs des Allgemeinen Wehrmachtsamtes, General Reinecke, durch eine weltanschauliche Mobilisierung der Truppe zu bewerkstelligen, „dass gläubige Soldaten in gläubigem Geist nach Hause schreiben, und so die Front der Kraftappell der Heimat werden“ würde, reflektierte die sich ausweitende Demoralisierung der Zivilbevölkerung im Altreich.

Die „Meldungen aus dem Reich“, die vom SD zusammengestellten Stimmungsberichte, die als Surrogat für die unterdrückte öffentliche Meinung fungierten, teilten am 8. Februar 1943 mit: „Die Frage sei heute nicht mehr, wie lange es noch bis zum Sieg dauert, sondern wie lange wir den Krieg noch mit Aussicht auf ein günstiges Ende durchhalten können. Ein dritter russischer Kriegswinter unter ähnlichen Bedingungen wie die beiden ersten, insbesondere aber hinsichtlich der Kampfkraft der Gegner, sei undenkbar“. Dabei erfassten die Stimmungsberichte des SD nur einen Ausschnitt aus den Einstellungen der Bevölkerung. Die anwachsende schweigende Mehrheit blieb unberücksichtigt. Gleichwohl mussten die Berichte auf Anordnung Hitlers eingestellt werden mussten, weil sie um eine realistische Darstellung der Lage bemüht waren. Darin spiegelt sich die zunehmende Realitätsverweigerung des Diktators.

Entsprechend änderte das Regime die offiziellen Sprachregelungen. „Entscheidender als die Stimmung hat sich immer wieder, besonders in den letzten Wochen, die Haltung der Bevölkerung erwiesen, die nach wie vor getragen ist vom Vertrauen zum Führer und dem Glauben an den Endsieg“, behauptete die Parteikanzlei Anfang 1943. Tatsächlich wechselte die Stimmung zwischen bloßer Verzweiflung und der Selbstbeschwörung, dass „wir den Krieg unbedingt gewinnen müssen, weil sonst alles verloren wäre“. Darin spiegelte sich die Ausweglosigkeit, in der sich das NS-Regime spätestens seit der Niederlage von Stalingrad befand, auch wenn der Diktator nicht bereit war, sich das einzugestehen. Er rechnete noch immer mit dem Erfolg einer Abnützungsstrategie, die zwar keine feldzugsentscheidenden Operationen mehr zuließ, aber zur Aushöhlung der Widerstandskraft der Roten Armee führen würde.

So feierte die NS-Propaganda selbst die sich häufenden Rückzugsoperationen der Wehrmacht noch als indirekte Siege, während man sich nicht eingestand, dass das demographische Ungleichgewicht es der deutschen Seite auf mittlere Sicht nicht erlaubte, den notwendigen Ersatz für das Ostheer bereitzustellen. Bei Verlusten von monatlich mehr als 109 000 Gefallenen, Verwundeten und Kriegsgefangenen musste der Feldzug unvermeidlich in einer militärischen Katastrophe enden, Kein geringerer als Claus Schenk von Stauffenberg, der Attentäter und Spiritus Rector der Bewegung des 20. Juli 1944 war sich über diesen Tatbestand noch vor der Wende von Stalingrad völlig im klaren. Seine scharfe Kritik an den entscheidungsschwachen Feldmarschällen und Oberkommandierenden, die durch Dotationen und die Schenkung von Rittergütern bei Laune gehalten wurden, - er sprach von den „Teppichlegern im Generalsrang“ - bewog ihn frühzeitig dazu, alles zu tun, um den Diktator im Wege eines Attentats auszuschalten, nachdem alle Versuche, eine Reform der Spitzengliederung der Wehrmacht zu erreichen, an dem Starrsinn Hitlers gescheitert waren.

Hitlers unumschränkte Machtstellung im Regime beruhte vor allem auf seinem persönlichen Charisma, obwohl er, absorbiert von der Kriegsführung im Osten, vor öffentlichen Auftritten zurückscheute und es vermied, die von Bomben zerstörten Metropolen aufzusuchen. Auch nahm die Zahl seiner öffentlichen Reden immer mehr ab, sehr zum Leidwesen von Goebbels. Denn die Faszinationskraft des Führers als Redner war schwer zu entbehren, um die gedrückte Stimmung aufzubessern, auch wenn der Propagandaminister bewusst die Gestalt Friedrichs des Großen im Siebenjährigen Krieg beschwor, um den Hitler-Kult am Leben zu halten. Hitler wurde, wie Ian Kershaw geurteilt hat, deshalb „zu einer immer mehr unwirklichen Figur“, der anders als Josef Stalin die Zügel der alltäglichen Regierungsentscheidungen nicht mehr in

der Hand hielt, und sich noch stärker wie dieser gegenüber der militärisch-politischen Realität die Augen verschloss. Aber erst die deutsche Niederlage von Stalingrad läutete eine Auflösung des Führermythos ein.

Es gab jedoch anders als im faschistischen Italien die Monarchie und die selbständige Armee, keine Instanz mehr, die als Gegengewicht gegen die totale Machtkonzentration bei Hitler hätte fungieren können. Die Stellung der Reichsregierung war nahezu bedeutungslos geworden, Militär und Beamtentum hatten dem „Führer“ einen persönlichen Treueid schwören müssten. Die staatliche Administration wurde zunehmend von der Partei usurpiert, indem die Gauleiter als Chefs der Zivilverwaltung fungierten, der SS-Apparat stand unter Himmler unverbrüchlich zum Führer. Die Wehrmacht, die anfänglich eine gewisse Autonomie hatte bewahren können, büßte sie zunehmend ein, abgesehen davon, dass die SS ihr das Waffenmonopol streitig machte. Nach dem 20. Juli 1944 war sie als eigenständige Instanz endgültig ausgeschaltet. Infolge von Dotationen und Karrieresprüngen war die Generalität fast durchweg Hitler-hörig, die Truppe mit der Einführung des Nationalsozialistischen Führungsoffiziers, einer Kopie des sowjetischen Kommissars, in verstärktem Umfang weltanschaulicher Indoktrination ausgesetzt.

Indem der Diktator gleichsam alle nationalen Identifikationsangebote besetzte, kam eine Ablehnung einem Verrat an der Nation gleich. Psychologisch führte das dazu, dass Hitler von der Verantwortung für die Verbrechen und Rückschläge des Regimes regelmäßig ausgenommen und diese dafür den Satrapen, nicht zuletzt der Generalität, angelastet wurden. Die sich verschärfende Unzufriedenheit in der Bevölkerung richtete sich gegen die Partei und die SS. Sie verdichtete sich jedoch nicht zu einer Gesamtkritik, welche die Basis für eine im Volk verankerte Widerstandsbewegung hätte abgeben können. Angesichts der sich stetig verschlechternden militärischen und politischen Lage begann die Bevölkerung, sich aus dem Dritten Reich zurückzuziehen, wie es Ian Kershaw geschildert hat. Gleichwohl hielt die Identifikation mit dem Führer, von dem viele noch immer eine positive Schicksalsfügung erhofften, bis in die letzten Kriegswochen an, um dann in rückhaltlose Verurteilung umzuschlagen. Darin lag ein klares apologetisches Motiv.

Es wäre völlig verfehlt, Hitler die alleinige Verantwortung für die Behandlung der russischen Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen und schließlich die verbrecherische Politik der „verbrannten Erde“ zuschreiben zu wollen. Die verhängnisvolle Auswirkung der antibolschewisti-

schen Klischees in den Köpfen auch der militärischen Führung, die letztlich in der antikomunistischen und antisemitischen Indoktrination am Ende des Ersten Weltkriegs wurzelten, darf nicht übersehen werden. Aber der Einfluss eines hysterisch zugespitzten Antikommunismus und Antibolschewismus bei Teilen der Oberschicht erscheint nachgerade erschreckend. Ein markantes Beispiel dafür ist der Bischof von Münster, Clemens Graf von Galen, der sich mit dem Protest gegen die Euthanasie einen Namen gemacht hatte. Seine extreme Feindschaft gegen den „gottlosen Bolschewismus“ blieb hinter den nationalsozialistischen Parolen schwerlich zurück.

Es ist eine bislang nicht hinreichend zu beantwortende Frage, inwieweit die Masse der deutschen Bevölkerung die NS-Propaganda-Klischees über die Völker der Sowjetunion übernommen hat. Die zunehmende Brutalisierung der Kriegsführung, mit der die deutsche Seite die schweren und verlustreichen Niederlagen des Kriegswinters 1941/42 zu kompensieren suchte und die nach 1943 weiter eskalierte, war ein weiterer Faktor. Dazu trat die schamlose Ermordung der autochthonen jüdischen Bevölkerung, die unter dem Deckmantel der Partisanenkämpfung einsetzte. Sie wäre ohne die direkte und indirekte Mithilfe der Truppe nicht möglich gewesen.

Es war von grundlegender Bedeutung, dass die Generalität, die im Mai 1941 Hitlers Programm eines „Rassenvernichtungskrieges“ jedenfalls passiv akzeptiert hatte, trotz der sich abzeichnenden militärischen Rückschläge bereit war, Hitler auf seinem Weg bis zum Ende zu folgen. Die Elite der Generalstabsoffiziere, die zugleich die eskalierenden Verluste und die sich extrem zuspitzende Ersatzlage vor Augen hatte, wurde sich hingegen zunehmend darüber klar, dass keine reale Chance bestand, die Sowjetunion militärisch zu schlagen. Die sich seit Ende 1941 in der Heeresgruppe Mitte neu formierende Militäropposition unter Henning von Tresckow war früh davon überzeugt, dass es unmöglich sei, den Krieg gegen das russische Volk erfolgreich zu bestehen. Frühzeitig versuchten sie, mit der Einwerbung von russischen Dienstverpflichteten und Ordnertruppen und später der Aufstellung der Vlassov-Armee nicht nur den extremen Personalmangel im Heer zu lindern, sondern auch die Grundlage für eine Gewinnung des russischen Volkes für einen Kampf gegen das Sowjetsystem zu schaffen. Jedoch scheiterte dies an der konstanten Weigerung Adolf Hitlers, der zugleich jeden Gedanken an Verhandlungen mit dem Gegner von sich wies und an seiner Vernichtungsstrategie starr festhielt.

Die bedrängende Frage, warum die übergroße Mehrheit der Deutschen sich in die verbrecherischen Zumutungen gefügt und sie jedenfalls zunächst vorbehaltlos unterstützt hat, verlangt eine differenzierte Antwort. Einen wichtigen Faktor stellte die jahrelang betriebene antikomunistische Indoktrination durch das NS-Regime dar, obwohl es nicht gelang, das von ihm propagierte Russlandbild durchzusetzen, mindestens nicht bei den Angehörigen der älteren Generation. Zugleich ist der Druck des Terrorapparates des Regimes in Anschlag zu bringen, der das Durchhalten bis zum letzten Mann mit schärfsten Repressalien zu erzwingen suchte. Das galt nicht zuletzt auch für die Militärgerichtsbarkeit. Die 25 000 verhängten Todesurteile gegen Fahnenflucht oder Entfernung von der Truppe und die 100 000 straffälligen Wehrmachtsangehörigen, die in Feldstraflager oder Bewährungsbataillone gepresst und vielfach verheizt wurden, helfen zu erklären, warum sich Soldaten in die längst aussichtslos gewordenen Gefechte hineinzwingen ließen.

Die brutale Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und größtenteils der russischen Zivilbevölkerung schlug schließlich zurück, wobei die extrem schwierigen äußeren Bedingungen nicht übersehen werden dürfen, die – anders als im Reich – das Überleben der deutschen Kriegsgefangenen in russischer Hand erschwerten. Die Besorgnis vor einer Vergeltung für die Verbrechen des Regimes, nicht zuletzt der im Osten betriebenen Strategie der „verbrannten Erde“, spielte den bis zuletzt betriebenen Durchhalteparolen der NS-Propaganda in die Hände. Die allenthalben tätig werdenden Sonder- und Standgerichte, die sich nun nicht nur gegen sowjetische Kriegsgefangene, sondern auch gegen die kriegsmüde Bevölkerung im Altreich richteten, unterstützten dies noch.

Anders als das Stalinregime, das im Zeichen des „Großen Vaterländischen Krieges“ innenpolitische Frontstellungen überbrückte, reagierte das NS-Regime auf die sich abzeichnende militärische Niederlage mit einer Radikalisierung im Innern. Sie verschrieb sich einmal mehr dem Irrglauben, dass durch die Schaffung einer nicht nur rassisch-ethnischen, sondern auch politischen Homogenität der Widerstandswille der deutschen Bevölkerung entscheidend erhöht und eine geschlossene weltanschauliche Kampffront geschaffen werden könnte, die den Verteidigungswillen bis ins letzte Dorf hineintrug. Martin Bormann, Chef der Parteikanzlei, und Robert Ley, der Reichsorganisationsleiter, erwarteten von einer politischen Aktivierung der Partei eine umfassende Mobilisierung des Durchhaltewillens und eine Wende angesichts der im Sommer 1943 eingetretenen Krise. Sie griffen damit auf Ideengänge der „Kampfzeit“ zurück und beanspruchten für die Partei nunmehr umfassende administrative Zuständigkeiten sowie –

mit der Gründung des „Deutschen Volkssturms“ – den Zugriff auf die Armee, der ihr 1934 verweigert worden war.

Dieses Programm der „Partifizierung“, der vollständigen Unterwerfung des Staatsapparats unter die NSDAP, war von einer verschärften Verfolgung von potentiellen und tatsächlichen Gegnern des Regimes begleitet. Die schließlich in den Reichsverteidigungsbezirken eingesetzten Sondergerichte und die fliegenden Standgerichte der SS führten zu veritablen Mordorgien, die sich nunmehr vermehrt gegen die deutsche Bevölkerung richteten. Mit diesen Aktionen versuchte die Parteikanzlei, die sich der widerwilligen Gefolgschaft der Gauleiter versicherte, in völliger Überschätzung der angestrebten propagandistischen Mobilmachung noch einmal das Ruder herumzuwerfen. Die verzweifelte militärische Lage wurde dadurch in keiner Weise verbessert, der terroristische Druck auf die Bevölkerung hingegen vervielfacht. Damit wurde die Chance endgültig verspielt, geschlossen auf Hitler einzuwirken, um den endgültig sinnlos gewordenen Krieg zu beenden. Vielmehr versagten die Gauleiter, denen diese Aufgabe zugefallen wäre, auf der ganzen Linie. Sie hatten nicht den Mut, Hitlers Selbstzerstörungsbefehlen und Durchhalteparolen offen entgegenzutreten. Noch immer hielt der Hitler-Mythos das auseinander driftende und einem inneren Zersetzungsprozess unterworfenen politische System notdürftig und unter immer größeren Reibungsverlusten zusammen, bis der Selbstmord des Diktators den Hexensabbat abrupt beendete.